



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 4.10.2021  
COM(2021) 604 final

2021/0307 (NLE)

Vorschlag für einen

**BESCHLUSS DES RATES**

**zur Festlegung der Finanzbeiträge der Vertragsparteien zum Europäischen  
Entwicklungsfonds im Hinblick auf die dritte Tranche 2021**

DE

DE

## **BEGRÜNDUNG**

### **1. KONTEXT DES VORSCHLAGS**

#### **• Gründe und Ziele des Vorschlags**

Der Vorschlag betrifft einen Entwurf für einen Beschluss des Rates über die dritte Tranche der 2021 von den Vertragsparteien des Europäischen Entwicklungsfonds zu leistenden Finanzbeiträge zum 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF).

Für die Verwaltung des 11. EEF und der noch verfügbaren Mittel früherer EEF (d. h. des 9. und des 10. EEF) gelten folgende Regelwerke:

- a) das Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits (im Folgenden „AKP-EU-Partnerschaftsabkommen“), in der zuletzt geänderten Fassung<sup>1</sup>,
- b) der Beschluss Nr. 2/2020<sup>2</sup> des AKP-EU-Botschafterausschusses vom 4. Dezember 2020 zur Änderung des Beschlusses Nr. 3/2019<sup>3</sup> des AKP-EU-Botschafterausschusses über den Erlass von Übergangsmaßnahmen gemäß Artikel 95 Absatz 4 des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens zur Verlängerung der Geltungsdauer der Bestimmungen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens bis zum 30. November 2021 oder bis zum Inkrafttreten eines neuen AKP-EU-Abkommens (im Folgenden „neues Abkommen“) oder bis zur vorläufigen Anwendung des neuen Abkommens zwischen der Union und den AKP-Staaten – je nachdem, welches Ereignis zuerst eintritt,
- c) der Beschluss (EU) 2020/2233 des Rates über die Bindung von Mitteln aus Rückflüssen in die AKP-Investitionsfazilität aus Finanzierungen im Rahmen des 9., 10. und 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>4</sup>,
- d) das Interne Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014–2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet<sup>5</sup> (im Folgenden „Internes Abkommen für den 11. EEF“),
- e) die Verordnung (EU) 2018/1877 des Rates über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>6</sup> (im Folgenden „Finanzregelung für den 11. EEF“).

Nach den unter den Buchstaben a bis e genannten Regelwerken sind die EEF-Vertragsparteien mehrjährige Verpflichtungen zur finanziellen Unterstützung des EEF eingegangen. Die Finanzregelung für den 11. EEF sieht regelmäßige Beiträge der EEF-Vertragsparteien zum EEF auf der Grundlage vorher festgelegter Finanzzusagen vor. Die

---

<sup>1</sup> ABl. L 317 vom 15.12.2000, S. 3.

<sup>2</sup> ABl. L 420 vom 14.12.2020, S. 32.

<sup>3</sup> ABl. L 1 vom 3.1.2020, S. 3.

<sup>4</sup> ABl. L 438 vom 28.12.2020, S. 188.

<sup>5</sup> ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

<sup>6</sup> ABl. L 307 vom 3.12.2018, S. 1.

regelmäßigen Beiträge werden durch technische Beschlüsse des Rates abgerufen, die der Erfüllung der zuvor beschlossenen Finanzzusagen Rechnung tragen.

Ein Teil der Rubriken in der Begründung gilt daher nicht für den Abruf regelmäßiger Beiträge dieser Art.

## **2. RECHTSGRUNDLAGE, SUBSIDIARITÄT UND VERHÄLTNISMÄßIGKEIT**

- Rechtsgrundlage**

Nach Artikel 19 Absatz 5 der Finanzregelung für den 11. EEF muss der Rat über diesen Vorschlag spätestens 21 Kalendertage nach dessen Vorlage durch die Europäische Kommission im Namen der Europäischen Union beschließen.

Vorschlag für einen

## BESCHLUSS DES RATES

### **zur Festlegung der Finanzbeiträge der Vertragsparteien zum Europäischen Entwicklungsfonds im Hinblick auf die dritte Tranche 2021**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf das Interne Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseesischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet<sup>7</sup>, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2018/1877 des Rates vom 26. November 2018 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2015/323<sup>8</sup>, insbesondere auf Artikel 19 Absatz 5,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß dem Verfahren der Artikel 19 bis 22 der Verordnung (EU) 2018/1877 des Rates<sup>9</sup> unterbreitet die Kommission bis zum 10. Oktober 2021 einen Vorschlag, der den Betrag der dritten Tranche des Beitrags für das Jahr 2021 enthält.
- (2) Gemäß Artikel 46 der Verordnung (EU) 2018/1877 muss die Europäische Investitionsbank (EIB) der Kommission für die von ihr verwalteten Instrumente aktualisierte Schätzungen der Mittelbindungen und Zahlungen übermitteln.
- (3) Gemäß Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1877 werden die Beiträge zunächst bis zur Ausschöpfung der für frühere Europäische Entwicklungsfonds (im Folgenden „EEF“) festgelegten Beträge abgerufen. Daher sollten Mittel gemäß der Verordnung (EU) 2018/1877 für die EIB und für die Kommission abgerufen werden.
- (4) Gemäß Artikel 152 des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (im Folgenden „Austrittsabkommen“) bleibt das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland (im Folgenden „Vereinigtes Königreich“) bis zum Abschluss des 11. EEF und aller früheren noch nicht abgeschlossenen EEF Vertragspartei des EEF. Gemäß Artikel 153 des Austrittsabkommens darf jedoch der

<sup>7</sup> ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

<sup>8</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

<sup>9</sup> Verordnung (EU) 2018/1877 des Rates vom 26. November 2018 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2015/323 (ABl. L 307 vom 3.12.2018, S. 7).

Anteil des Vereinigten Königreichs an freigegebenen Mitteln aus Projekten im Rahmen des 11. EEF, sofern diese nach dem 31. Dezember 2020 freigegeben wurden, oder früherer EEF nicht wiederverwendet werden.

- (5) Mit dem Beschluss (EU) 2020/1708 des Rates<sup>10</sup> wurden die von den Vertragsparteien zu zahlenden Jahresbeiträge zum EEF für 2021 auf 3 700 000 000 EUR für die Europäische Kommission und auf 300 000 000 EUR für die Europäische Investitionsbank festgesetzt.
- (6) Um eine möglichst rasche Anwendung der in dem vorliegenden Beschluss vorgesehenen Maßnahmen zu ermöglichen, sollte dieser Beschluss am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die einzelnen Beiträge zum Europäischen Entwicklungsfonds werden von den Vertragsparteien des Europäischen Entwicklungsfonds gemäß dem Anhang als dritte Tranche für 2021 an die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank gezahlt.

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates  
Der Präsident /// Die Präsidentin*

---

<sup>10</sup> Beschluss (EU) 2020/1708 des Rates vom 13. November 2020 zur Festlegung der Beiträge der Mitgliedstaaten zur Finanzierung des Europäischen Entwicklungsfonds, einschließlich der Obergrenze für 2022, des Jahresbeitrags für 2021, der ersten Tranche 2021 und einer unverbindlichen Angabe der voraussichtlich zu erwartenden Jahresbeiträge für die Jahre 2023 und 2024 (ABl. L 385 vom 17.11.2020, S. 13).



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 4.10.2021  
COM(2021) 604 final

ANNEX

**ANHANG**

des

**Vorschlags für einen  
BESCHLUSS DES RATES**

**zur Festlegung der Finanzbeiträge der Vertragsparteien zum Europäischen  
Entwicklungsfoonds im Hinblick auf die dritte Tranche 2021**

**DE**

**DE**

## ANHANG

Mitgliedstaaten und Vereinigtes Königreich	Schlüssel 11. EEF %	Dritte Tranche 2021 (in EUR)		<b>Insgesamt</b>
		EIB 11. EEF	Kommission 11. EEF	
<b>BELGIEN</b>	3,24927	3 249 270,00	29 243 430,00	<b>32 492 700,00</b>
<b>BULGARIEN</b>	0,21853	218 530,00	1 966 770,00	<b>2 185 300,00</b>
<b>TSCHECHIEN</b>	0,79745	797 450,00	7 177 050,00	<b>7 974 500,00</b>
<b>DÄNEMARK</b>	1,98045	1 980 450,00	17 824 050,00	<b>19 804 500,00</b>
<b>DEUTSCHLAND</b>	20,57980	20 579 800,00	185 218 200,00	<b>205 798 000,00</b>
<b>ESTLAND</b>	0,08635	86 350,00	777 150,00	<b>863 500,00</b>
<b>IRLAND</b>	0,94006	940 060,00	8 460 540,00	<b>9 400 600,00</b>
<b>GRIECHENLAND</b>	1,50735	1 507 350,00	13 566 150,00	<b>15 073 500,00</b>
<b>SPANIEN</b>	7,93248	7 932 480,00	71 392 320,00	<b>79 324 800,00</b>
<b>FRANKREICH</b>	17,81269	17 812 690,00	160 314 210,00	<b>178 126 900,00</b>
<b>KROATIEN</b>	0,22518	225 180,00	2 026 620,00	<b>2 251 800,00</b>
<b>ITALIEN</b>	12,53009	12 530 090,00	112 770 810,00	<b>125 300 900,00</b>
<b>ZYPERN</b>	0,11162	111 620,00	1 004 580,00	<b>1 116 200,00</b>
<b>LETTLAND</b>	0,11612	116 120,00	1 045 080,00	<b>1 161 200,00</b>
<b>LITAUEN</b>	0,18077	180 770,00	1 626 930,00	<b>1 807 700,00</b>
<b>LUXEMBURG</b>	0,25509	255 090,00	2 295 810,00	<b>2 550 900,00</b>
<b>UNGARN</b>	0,61456	614 560,00	5 531 040,00	<b>6 145 600,00</b>
<b>MALTA</b>	0,03801	38 010,00	342 090,00	<b>380 100,00</b>
<b>NIEDERLANDE</b>	4,77678	4 776 780,00	42 991 020,00	<b>47 767 800,00</b>
<b>ÖSTERREICH</b>	2,39757	2 397 570,00	21 578 130,00	<b>23 975 700,00</b>
<b>POLEN</b>	2,00734	2 007 340,00	18 066 060,00	<b>20 073 400,00</b>
<b>PORTUGAL</b>	1,19679	1 196 790,00	10 771 110,00	<b>11 967 900,00</b>
<b>RUMÄNIEN</b>	0,71815	718 150,00	6 463 350,00	<b>7 181 500,00</b>
<b>SLOWENIEN</b>	0,22452	224 520,00	2 020 680,00	<b>2 245 200,00</b>
<b>SLOWAKEI</b>	0,37616	376 160,00	3 385 440,00	<b>3 761 600,00</b>
<b>FINNLAND</b>	1,50909	1 509 090,00	13 581 810,00	<b>15 090 900,00</b>
<b>SCHWEDEN</b>	2,93911	2 939 110,00	26 451 990,00	<b>29 391 100,00</b>
<b>VEREINIGTES KÖNIGREICH</b>	14,67862	14 678 620,00	132 107 580,00	<b>146 786 200,00</b>
<b>EU-27 und Vereinigtes Königreich insgesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>100 000 000,00</b>	<b>900 000 000,00</b>	<b>1 000 000 000,00</b>